

Die Neue Zürcher Zeitung NZZ glaubt jetzt an das Dogma vom menschengemachten Klimawandel



„Der Klimawandel ist ernst zu nehmen“, schreibt ein Peter Fischer vom einstigen Sturmgeschütz der Schweizer Demokratie, das seit dem 12. Januar 1780 auf dem Markt ist. Interessanterweise sieht der Autor aber die Lösung im „freiheitlichen Kapitalismus“; im Gegensatz zu den eher zuteilungs- oder planwirtschaftlichen Ansätzen deutscher Klimaschützer, die möglichst vieles verbieten und möglichst viel Steuergeld umverteilen wollen.

„Es braucht Korrekturen bei den Anreizen, mehr Wettbewerb, Marktvertrauen und Zuversicht“, meint Fischer. Da gehen die meisten Klimaskeptiker wie unsere Leser wohl mit; allerdings hätte sich der „Klimaschutz“ dann erledigt, weil kein rationaler Marktteilnehmer thermodynamisch grenzwertige Technologien wie Windräder und Akku-Autos produzieren oder kaufen würde. Was will die NZZ also?

How dare you!

Zunächst wird Greta Thunbergs hysterische *How dare you!*-Rede in New York kritisch unter die Lupe genommen. Ähnlich Dieter Nuhr in seiner ARD-Satire erinnert Fischer daran, daß Greta sicher nicht unter einer gesellschaftlich „gestohlenen Kindheit“ leidet; ganz im Gegenteil, denn der Industriekapitalismus hat Verhältnisse geschaffen, die die Schweizer Kindersterblichkeit unter 0,4% drücken und die mittlere Lebenserwartung der Eidgenossen auf 84 Jahre hoben. Die reale Wirtschaftsleistung habe sich verzwölffacht. „Greta führt ein Leben, wie es sich ihre Urgroßeltern nicht zu erträumen wagten.“

Und der NZZ-Autor legt noch nach: „Reich ist grün“. Heißt, daß die klassisch kapitalistischen und auch die Schwellenländer immer weniger Emissionen für dieselbe Wirtschaftsleistung ausstoßen. Das liege an den technologischen Innovationen eines nicht zentral planenden Kapitalismus, der den Wettbewerb der Ideen und Konzepte zulasse. Daher sei die Marktwirtschaft der „Schlüssel“, um Umweltprobleme zu beheben.

„Umwelt“ ist nun kein eindeutig definierter Begriff, sondern ein Reizwort, um die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen, damit sie das durchwinkt und bezahlt, was nicht-kapitalistisch gesinnte Agitatoren haben wollen.

„Waldsterben“ etc.

Wenn man die Zerstörung realexistierender Natur unter „Umwelt“ versteht, hat der Autor allerdings recht, weil beispielsweise schon im 19. Jahrhundert der Rhein und seine Nebenflüsse teils rot oder lila dank der Chemieabfälle waren. Das Problem wurde durch begrenzte (!) staatliche Vorgaben und technische Innovationen gelöst.

Was will die NZZ überhaupt?

Was genau stellt sich der Autor dann vor, soll der Kapitalismus zum Klimaschutz beitragen? Dazu listet er auf:

1. Er will „Nachhaltigkeit“ durch „möglichst internationale Lenkungsabgaben“. International, also politisch völlig entgrenzt? Und das soll dann Marktwirtschaft sein? Die Chinesen und Inder machen sowieso nicht mit.

2. Er will den „Klientelismus“ bekämpfen, also die Lobby-Korruption und die Oligopolisierung, weil diese antimarktwirtschaftlich seien. Das ist aber genau das Mittel der politischen Klimaschützer, die zum Beispiel ihre Klientel aus der Windrad-Industrie gegen jede wirtschaftliche Vernunft fördern und somit die klassischen Energie-Anbieter aus dem Markt drängen. Zitat Angela Merkel, 2004:

„Auf Dauer wird es so viele Profiteure der Windenergie geben, daß Sie keine Mehrheiten mehr finden, um das einzuschränken.“

Anderes Beispiel: Die Volkswagen AG, die mittels einer medialen Diesel-Hetzjagd dazu gedrängt wurde, physikalisch sinnlose ID.3-Elektro-Trabis zu produzieren, die ganz sozialistisch durch den Verkauf von Verbrennern (und viele Steuergelder) quer-subventioniert werden müssen.

3. Der NZZ-Artikel wendet sich gegen den „überbordenden Staat“, der in Deutschland 46% der Wirtschaftsleistung für sich beansprucht, und selbst in der funktionalen Schweiz noch 1/3. Ja, das ist Musik in EIKes Ohren, sind wir auch für. Aber was hat diese begrüßenswerte Haltung mit Klimaschutz zu tun? Nur mit einem hungrigen und dirigistischen Staat lassen sich „klimaschützende“ Maßnahmen durchsetzen; denn eine menschengemachte Heißzeitkatastrophe gibt es nicht; tatsächlich weisen die Zyklen unserer Sonne Richtung Abkühlung. Demzufolge wird kaum jemand ohne Zwang und ordentliche Umverteilungen Wind- oder Solarparks errichten, weil das ruinös wäre.

4. Um den „Härten des Strukturwandels“ durch eine Klimaschutz-Wirtschaft zu begegnen, müsse man eine bessere „Bildung“ und eine „gewisse soziale Absicherung“ der „Verlierer“ finanzieren. Unter „Bildung“ dürfen wir wohl eine ausgeweitete Propaganda in Schulen, GEZ-TV, der gesamten privaten Presse wie der NZZ, den Universitäten und allen anderen Institutionen des kulturellen Überbaus verstehen. Aber gibt es das nicht schon lange? Was ist mit der Gretamanie, die wir uns seit über einem Jahr anhören und anschauen müssen, liebe NZZ?

Die „gewisse soziale Absicherung“ erleben wir in der Bundesrepublik heuer in Form des „Windbürgergeldes“ und ähnlicher Konstrukte im „Klimapaket“ vom September. Diese „Geschenke“ sind marginal und wirken zum Beispiel den 300.000 Stromsperren 2018 dank explodierender Strompreise nicht entgegen. Das Wind-Geld der SPD darf man wohl als Schweigegeld für aufmüpfige Bürger betrachten, damit diese nicht weiter die Profite der Windradindustrie mit langjährigen Gerichtsprozessen schmälern.

Fazit: Doppeldenk

Es bleibt unklar, ob der NZZ-Autor überhaupt versteht, wovon er schreibt; oder ob er im Sinne der „Weltrettung“ gezielt kapitalistische Nebelkerzen zündet. Letztlich ist es aber auch gleich; daß die Chefredaktion der *Neuen Zürcher* einen solchen Orwellschen Lobby-Artikel durchwinkt, läßt nichts Gutes ahnen. Es gibt in der Metropole der deutschen Schweiz aber auch noch eine andere Zeitung, die so etwas garantiert nicht tut: [die Weltwoche von Roger Köppel](#)! Wenn die NZZ weiter journalistisch abbaut und stattdessen zeitgeistige Lobbytexte für die Grünen und die Klimaindustrie publiziert, wird die *Weltwoche* wohl nach und nach an ihre Stelle treten. Warum auch nicht, denn DAS ist Marktwirtschaft, liebe NZZ!